



Bis zu 500.000 Euro pro Unternehmen

POLITIK: Land schafft weitere Corona-Hilfen für Mittelständler und Gründer

Zur Stärkung der Wirtschaft stellt das Land weitere finanzielle Hilfen zur Verfügung. Der neue Beteiligungsfonds komme jungen Unternehmen sowie kleinen und mittleren Betrieben zugute, die weiterhin Liquiditätsgaps aufgrund der Corona-Krise erwarten. Damit führe die Landesregierung die Landeshilfen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft fort, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing bei der Vorstellung des neuen Programms Mitte August. Anträge können ab sofort bei der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) gestellt werden.

„Wir wollen unsere Unternehmerinnen und Unternehmer weiterhin unterstützen und nachhaltig stärken. Wir stellen weitere 150 Millionen Euro bereit, um Liquiditätslücken von jungen Start-ups sowie KMU zu schließen“, so Wissing. „Mit dem Sonderprogramm Corona Venture Capital wollen wir die Existenz unserer Start-ups und KMU sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze sichern und weiteres Wachstum ermöglichen“, so Wissing.

Das Land Rheinland-Pfalz werde über einen bei der ISB angesiedelten und über die KfW refinanzierten Beteiligungsfonds betroffenen

mittelständischen Unternehmen und Start-ups Eigenkapital bis zu einer Höhe von 500.000 Euro pro Unternehmen zur Verfügung stellen.

Antragsfrist bis zum 1. November

Start-ups, die maximal fünf Jahre am Markt sind und KMU mit bis zu 250 Mitarbeitern können ab sofort bis zum 1. November 2020 Anträge direkt bei der ISB im „Sonderprogramm Corona Venture Capital“ stellen. Die ISB berate zu allen Fragen der Antragstellung.

Finanziert würden in erster Linie Corona-bedingte Liquiditätsbedarfe für laufende Kosten wie Miete, Gehälter und Warenlager – also Betriebsmittel. Gefördert werden alle bilanzstärkenden Maßnahmen. Die Beteiligung durch die ISB ist mindestens fünf Jahre tilgungsfrei und läuft bis zu zehn Jahre.

Der Fonds umfasst insgesamt Mittel in Höhe von 150 Millionen Euro Beteiligungskapital. 50 Millionen stammen aus Landesmitteln, 100 Millionen werden über die KfW finanziert.

Weitergehende Informationen zum Beteiligungsfonds „Sonderprogramm Corona Venture Capital“ gibt es im Internet auf der Seite der ISB unter isb.rlp.de.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer in einer Pressekonferenz

Kabinetts stellt Haushalt für das Jahr 2021 vor

POLITIK: CDU kritisiert geplantes Investitionsvolumen als zu gering

VON ANDREAS SCHRÖDER

Anfang September hat der Ministerrat den Regierungsentwurf des Landeshaushaltes für das Jahr 2021 beschlossen. „Die Corona-Pandemie hat unser Land in den vergangenen Monaten vor große Herausforderungen gestellt. Mit zwei Nachtragshaushalten haben wir schnell auf die Krise reagiert, um die Pandemie einzudämmen, die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die rheinland-pfälzische Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten. Nun gilt es, mit dem Haushalt 2021 verlässlich für die Zukunft zu setzen“, zeigten sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Finanzministerin Doris Ahnen, Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing und Umweltministerin Ulrike Höfken einig.

Die Landesregierung erfülle mit dem Haushaltsentwurf ihre „grundlegenden Aufgaben“ unter Bedingungen, die auch 2021 noch von der Corona-Krise geprägt sein werden. Vor allem die Steuereinnahmen des Landes litten weiter unter dem Einbruch der Konjunktur. „Die Steuereinnahmen 2021 werden noch immer deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019 liegen. Die konjunkturbedingten Ausfälle werden, wie dies die Schuldenbremse der Landesverfassung vorsieht, durch Nettokreditaufnahme ausgeglichen“, sagte Finanzministerin Doris Ahnen. Das sei auch ökonomisch sinnvoll, denn es bleibe Aufgabe des Landes, zur Konjunkturstabilisierung beizutragen.

Der geplante Haushalt 2021 umfasst bereinigte Gesamtausgaben von rund 19,852 Milliarden Euro. Diesen stehen bereinigten Gesamteinnahmen von lediglich rund 18,585 Milliarden Euro gegenüber. Die Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt beläuft sich danach auf 1,267 Milliarden Euro. Sie sei in voller Höhe konjunkturbedingt. Die verfassungsrechtlich verankerte Vorgabe eines strukturell ausgeglichenen Haushalts werde daher trotz der massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die staatlichen Haushalte im Haushaltsjahr 2021 eingehalten.

„Insgesamt kann ich für mein Haus sagen: Wir investieren in unsere Wirtschaftsunternehmen, in Landwirtschaft und Weinbau, in unser Verkehrsnetz. Wir sichern Arbeitsplätze. Wir stärken den ländlichen Raum. Wir erhalten die Attraktivität unseres Standorts“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing. „Wir wollen ein Land das allen seinen Bürgerinnen und Bürgern beste Chancen bietet. Dazu gehören für uns gute Arbeits- und Ausbildungsplätze ebenso wie eine moderne Infrastruktur, bezahlbarer Wohnraum und eine hohe Umwelt- und Lebensqualität. Rheinland-Pfalz ist ein Land der Chancen, ein Land der Möglichkeiten“, so Wissing.

Kritik von der Opposition

Sowohl die Fraktionen der CDU als auch der AfD kritisierten den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Doch während die AfD von einem unverantwortlichen „Schuldenhaushalt“ spricht, gehen Christian Baldauf, dem Spitzenkandidaten der CDU in der kommenden Landtagswahl, die Maßnahmen nicht weit genug. „Die Wahrheit ist, dass die Investitionen in unser Land, in Straßen, Brücken und Schulen auf niedrigem Niveau stehenbleiben“, kommentiert Baldauf in einer Pressemitteilung. Dieses „Verharren im Status Quo“ bringe das Land keinen Schritt in die Zukunft. „Wir erhöhen die Investitionen um 108 Millionen Euro. Damit halten wir im Haushalt 2021 die Investitionsquote stabil. Hinter der Investitionsquote stehen Investitionsausgaben von 1,63 Milliarden Euro“, sagte die Finanzministerin. Investiert werde unter anderem in Hochbaumaßnahmen des Landes, in den Straßenbau, in den Schienenpersonennahverkehr sowie in den Klima- und Hochwasserschutz. „Neben unseren eigenen Investitionen kümmern wir uns auch darum, dass Rheinland-Pfalz ein investitionsfreundliches Umfeld für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum bietet. Wir stocken unser Fördervolumen unter Einbeziehung des Kreditvolumens der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz auf 375 Millionen Euro auf“, so Ahnen.

Rentenreport beklagt Gefahr der Altersarmut

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hat Mitte August seinen „Rentenreport Rheinland-Pfalz 2020“ präsentiert. Der Report zeige, dass jeder sechste Rentner armutsgefährdet sei und dass die regionalen sowie geschlechtsspezifischen Unterschiede weiterhin groß seien, so der Vorsitzende Dietmar Muscheid. „Der Rentenreport belegt, dass sich in der Rentenpolitik seit unserem ersten Rentenreport 2017 nicht viel bewegt hat. Über 24.000 Rentnerinnen und Rentner sind auf unterstützende Grundversicherung im Alter angewiesen – selbst wenn sie ein Leben lang gearbeitet haben. Noch immer sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern immens, wie das Beispiel Kusel mit einem durchschnittlichen Rentenunterschied von 650 Euro zeigt. Die Einführung der Grundrente war vor diesem Hintergrund richtig, da vor allem die Renten der Frauen gestärkt und ihre Lebensleistungen damit stärker anerkannt werden. Die Grundrente löst aber das Problem der sich ausbreitenden Altersarmut nicht und die Bundesregierung ist dafür zu kritisieren, sich diesem Trend nicht entschieden entgegenzustellen zu haben. Die Rente ist ein Spiegel der eigenen Erwerbsbiografie. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung Deutschlands hin zu einem Dumpinglohnland für die kommenden Generationen verheerend. Deshalb brauchen wir dringend steigende Löhne und mehr Tarifbindung im Land“, so Muscheid.

Während die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch beschlossen wurde, sehe die Realität heute anders aus: Männer gingen im Durchschnitt mit 64 Jahren und Frauen mit 64,3 Jahren in die Rente. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen seien psychische Erkrankungen mit 43 Prozent die Hauptdiagnose für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Die durchschnittliche Altersrente der Neurentner habe für Männer in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 1.139 Euro betragen und für Frauen 677 Euro. Bei den Männern sei die Rentenauszahlung im Rhein-Pfalz-Kreis mit 1.352 Euro im Schnitt am höchsten und in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 914 Euro am niedrigsten ausgefallen. Frauen erhielten in der Stadt Mainz mit 787 Euro die höchste Rentenauszahlung, am niedrigsten ist war im Kreis Bitburg-Prüm mit 546 Euro. Insgesamt liegen 72 Prozent der Frauen und 35 Prozent der Männer unter der Armutsgefährdungsschwelle, die im Jahr 2018 bei 1.061 Euro lag.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

INDUSTRIE- UND GEWERBEBAU NACH MASS

BWI BAUR + WILLIG www.meine-halle.de
INDUSTRIEBAU GmbH D-67122 Altrip, Tel. 06236 - 2026, Fax 06236 - 30822

Auf der Suche nach neuem Lesefutter?

Lassen Sie sich von uns inspirieren auf vh-buchshop.de/buchtipps



Rentenreport beklagt Gefahr der Altersarmut

Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hat Mitte August seinen „Rentenreport Rheinland-Pfalz 2020“ präsentiert. Der Report zeige, dass jeder sechste Rentner armutsgefährdet sei und dass die regionalen sowie geschlechtsspezifischen Unterschiede weiterhin groß seien, so der Vorsitzende Dietmar Muscheid. „Der Rentenreport belegt, dass sich in der Rentenpolitik seit unserem ersten Rentenreport 2017 nicht viel bewegt hat. Über 24.000 Rentnerinnen und Rentner sind auf unterstützende Grundsicherung im Alter angewiesen – selbst wenn sie ein Leben lang gearbeitet haben. Noch immer sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern immens, wie das Beispiel Kusel mit einem durchschnittlichen Rentenunterschied von 650 Euro zeigt. Die Einführung der Grundrente war vor diesem Hintergrund richtig, da vor allem die Renten der Frauen gestärkt und ihre Lebensleistungen damit stärker anerkannt werden. Die Grundrente löst aber das Problem der sich ausbreitenden Altersarmut nicht und die Bundesregierung ist dafür zu kritisieren, sich diesem Trend nicht entschieden entgegenzustellen zu haben. Die Rente ist ein Spiegel der eigenen Erwerbsbiografie. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung Deutschlands hin zu einem Dumpinglohnland für die kommenden Generationen verheerend. Deshalb brauchen wir dringend steigende Löhne und mehr Tarifbindung im Land“, so Muscheid.

Während die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre politisch beschlossen wurde, sehe die Realität heute anders aus: Männer gingen im Durchschnitt mit 64 Jahren und Frauen mit 64,3 Jahren in die Rente. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen seien psychische Erkrankungen mit 43 Prozent die Hauptdiagnose für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben.

Die durchschnittliche Altersrente der Neurentner habe für Männer in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 1.139 Euro betragen und für Frauen 677 Euro. Bei den Männern sei die Rentenauszahlung im Rhein-Pfalz-Kreis mit 1.352 Euro im Schnitt am höchsten und in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 914 Euro am niedrigsten ausgefallen. Frauen erhielten in der Stadt Mainz mit 787 Euro die höchste Rentenauszahlung, am niedrigsten ist war im Kreis Bitburg-Prüm mit 546 Euro. Insgesamt liegen 72 Prozent der Frauen und 35 Prozent der Männer unter der Armutsgefährdungsschwelle, die im Jahr 2018 bei 1.061 Euro lag.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer in einer Pressekonferenz

Kabinetts stellt Haushalt für das Jahr 2021 vor

POLITIK: CDU kritisiert geplantes Investitionsvolumen als zu gering

VON ANDREAS SCHRÖDER

Anfang September hat der Ministerrat den Regierungsentwurf des Landeshaushaltes für das Jahr 2021 beschlossen. „Die Corona-Pandemie hat unser Land in den vergangenen Monaten vor große Herausforderungen gestellt. Mit zwei Nachtragshaushalten haben wir schnell auf die Krise reagiert, um die Pandemie einzudämmen, die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die rheinland-pfälzische Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten. Nun gilt es, mit dem Haushalt 2021 verlässlich zu bleiben und gezielte Impulse für die Zukunft zu setzen“, zeigten sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Finanzministerin Doris Ahnen, Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing und Umweltministerin Ulrike Höfken einig.

Die Landesregierung erfülle mit dem Haushaltsentwurf ihre „grundlegenden Aufgaben“ unter Bedingungen, die auch 2021 noch von der Corona-Krise geprägt sein werden. Vor allem die Steuereinnahmen des Landes litten weiter unter dem Einbruch der Konjunktur. „Die Steuereinnahmen 2021 werden noch immer deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019 liegen. Die konjunkturbedingten Ausfälle werden, wie dies die Schuldenbremse der Landesverfassung vorsieht, durch Nettokreditaufnahme ausgeglichen“, sagte Finanzministerin Doris Ahnen.

Das sei auch ökonomisch sinnvoll, denn es bleibe Aufgabe des Landes, zur Konjunkturstabilisierung beizutragen.

Der geplante Haushalt 2021 umfasst bereinigte Gesamtausgaben von rund 19,852 Milliarden Euro. Diesen stehen bereinigten Gesamteinnahmen von lediglich rund 18,585 Milliarden Euro gegenüber. Die Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt beläuft sich danach auf 1,267 Milliarden Euro. Sie sei in voller Höhe konjunkturbedingt. Die verfassungsrechtlich verankerte Vorgabe eines strukturell ausgeglichenen Haushalts werde daher trotz der massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die staatlichen Haushalte im Haushaltsjahr 2021 eingehalten.

Kritik von der Opposition

„Wir erhöhen die Investitionen um 108 Millionen Euro. Damit halten wir im Haushalt 2021 die Investitionsquote stabil. Hinter der Investitionsquote stehen Investitionsausgaben von 1,63 Milliarden Euro“, sagte die Finanzministerin. Investiert werde unter anderem in Hochbaumaßnahmen des Landes, in den Straßenbau, in den Schienenpersonennahverkehr sowie in den Klima- und Hochwasserschutz. „Neben unseren eigenen Investitionen kümmern wir uns auch darum, dass Rheinland-Pfalz ein investitionsfreundliches Umfeld für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum bietet. Wir stocken unser Fördervolumen unter Einbeziehung des Kreditvolumens der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz auf 375 Millionen Euro auf“, so Ahnen.

„Insgesamt kann ich für mein Haus sagen: Wir investieren in unsere Wirtschaftsunternehmen, in Landwirtschaft und Weinbau, in unser Verkehrsnetz. Wir sichern Arbeitsplätze. Wir stärken den ländlichen Raum. Wir erhalten die Attraktivität unseres Standorts“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing.

„Wir wollen ein Land das allen seinen Bürgerinnen und Bürgern beste Chancen bietet. Dazu gehören für uns gute Arbeits- und Ausbildungsplätze ebenso wie eine moderne Infrastruktur, bezahlbarer Wohnraum und eine hohe Umwelt- und Lebensqualität. Rheinland-Pfalz ist ein Land der Chancen, ein Land der Möglichkeiten“, so Wissing.

Sowohl die Fraktionen der CDU als auch der AfD kritisierten den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Doch während die AfD von einem unverantwortlichen „Schuldenhaushalt“ spricht, gehen Christian Baldauf, dem Spitzenkandidaten der CDU in der kommenden Landtagswahl, die Maßnahmen nicht weit genug. „Die Wahrheit ist, dass die Investitionen in unser Land, in Straßen, Brücken und Schulen auf niedrigem Niveau stehenbleiben“, kommentiert Baldauf in einer Pressemitteilung. Dieses „Verharren im Status Quo“ bringe das Land keinen Schritt in die Zukunft.



Bis zu 500.000 Euro pro Unternehmen

POLITIK: Land schafft weitere Corona-Hilfen für Mittelständler und Gründer

Zur Stärkung der Wirtschaft stellt das Land weitere finanzielle Hilfen zur Verfügung. Der neue Beteiligungsfonds komme jungen Unternehmen sowie kleinen und mittleren Betrieben zugute, die weiterhin Liquiditätsengpässe aufgrund der Corona-Krise erwarten. Damit führe die Landesregierung die Landeshilfen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft fort, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing bei der Vorstellung des neuen Programms Mitte August. Anträge können ab sofort bei der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) gestellt werden.

„Wir wollen unsere Unternehmerinnen und Unternehmer weiterhin unterstützen und nachhaltig stärken. Wir stellen weitere 150 Millionen Euro bereit, um Liquiditätslücken von jungen Start-ups sowie KMU zu schließen“, so Wissing. „Mit dem Sonderprogramm Corona Venture Capital wollen wir die Existenz unserer Start-ups und KMU sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze sichern und weiteres Wachstum ermöglichen“, so Wissing.

Das Land Rheinland-Pfalz werde über einen bei der ISB angesiedelten und über die KfW refinanzierten Beteiligungsfonds betroffenen

mittelständischen Unternehmen und Start-ups Eigenkapital bis zu einer Höhe von 500.000 Euro pro Unternehmen zur Verfügung stellen.

Antragsfrist bis zum 1. November

Start-ups, die maximal fünf Jahre am Markt sind und KMU mit bis zu 250 Mitarbeitern können ab sofort bis zum 1. November 2020 Anträge direkt bei der ISB im „Sonderprogramm Corona Venture Capital“ stellen. Die ISB berate zu allen Fragen der Antragstellung.

Finanziert würden in erster Linie Corona-bedingte Liquiditätsbedarfe für laufende Kosten wie Miete, Gehälter und Warenlager – also Betriebsmittel. Gefördert werden alle bilanzstärkenden Maßnahmen. Die Beteiligung durch die ISB ist mindestens fünf Jahre tilgungsfrei und läuft bis zu zehn Jahre.

Der Fonds umfasst insgesamt Mittel in Höhe von 150 Millionen Euro Beteiligungskapital. 50 Millionen stammen aus Landesmitteln, 100 Millionen werden über die KfW finanziert.

Weitergehende Informationen zum Beteiligungsfonds „Sonderprogramm Corona Venture Capital“ gibt es im Internet auf der Seite der ISB unter isb.rlp.de.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

INDUSTRIE- UND GEWERBEBAU NACH MASS

BWI BAUR + WILLIG www.meine-halle.de
INDUSTRIEBAU GmbH D 67122 Altrip, Tel. 08236 - 2026, Fax 08236 - 310922

Auf der Suche nach neuem Lesefutter?

Lassen Sie sich von uns inspirieren auf vh-buchshop.de/buchtipps



©Africa Studio - stock.adobe.com